

# mandatsmeldung.



**FEBRUAR  
2023**

## INHALTE

Sinnlos-Gipfel zur Flüchtlingskrise  
Michael Frieser, S. 1

Die Bauoffensive bleibt aus.  
Sebastian Brehm, S. 2

Ein Jahr Kampf um die Freiheit  
Tobias Winkler, S. 2

Mehr Mittel aus der Fraktionsreserve  
Karl Freller, S. 3

Fachgespräch Prostituiertenschutzgesetz  
Barbara Regitz, S. 3

Update zu U-Ausschuss Zukunftsmuseum  
Jochen Kohler, S. 4

400.000 Euro für 2 Schullandheime  
Hans Herold, S. 4

Migration: CSU-Fraktion fordert Umdenken  
Petra Guttenberger, S. 5



## FAESERS SINNLOS-GIPFEL ZUR FLÜCHTLINGSKRISE

Liebe Mitglieder,  
liebe Freunde,

zum zweiten Mal innerhalb von vier Monaten ist Nancy Faeser vergangene Woche mit Ansage an einem Migrationsgipfel gescheitert. Die Teilnehmer reisten ohne Ergebnis ab, nachdem sie die Innenministerin auf offener Bühne kritisierten und den Bundeskanzler aufforderten, die Sache endlich in die Hand zu nehmen. Obwohl die Praktiker aus Kommunen und Ländern seit Monaten warnen, dass die Aufnahmesituation noch schwieriger als 2015 ist, will sich der Kanzler irgendwann „um Ostern herum“ mit der finanziellen Unterstützung der Kommunen befassen. Dabei ist die Lage dramatisch: Es fehlen Wohnraum, Schulplätze, Kindergärten, Personal und vieles mehr. Diese Krise, die Frau Faeser noch Ende letzten Jahres schlicht gelehrt hatte, wächst sich zum sozialen Brandbeschleuniger aus. Der einzige Fortschritt, der zu beobachten ist: Die Ministerin gesteht ein, dass die bisherigen Scheinmaßnahmen (z.B. die Vereinbarungen mit Tschechien und der Schweiz) keine Wirkung zeigen. Die richtigen Schlüsse zieht sie daraus nicht: weiter keine Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration, keine weitere Kostenübernahme des Bundes, keine konkreten Immobilien für die Unterbringung und alle Sonderaufnahmeprogramme laufen unverändert weiter. Die Bundesregierung hält an ihrem "Paradigmenwechsel" in der Migrationspolitik fest und klopft sich für ihr „Chancen-Aufenthaltsrecht“ auf die Schultern. Die Warnungen der eigenen Landräte vor Ort bleiben ungehört. Gerade weil uns die nachhaltige Hilfe für ukrainische Flüchtlinge ein zentrales Anliegen ist, bei der eine Überforderung der kommunalen Strukturen verhindert werden muss, mahnen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit einem Jahr eine ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU an. Das hat die Bundesministerin lange kategorisch abgelehnt. Jetzt endlich ist sie aufgewacht, leider viel zu spät. Der Bundeskanzler muss endlich handeln und einen vollwertigen Krisengipfel im Kanzleramt organisieren. Wir brauchen ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket, echte Entlastung für die Kommunen und lageangepasste Grenzkontrollen.

Beste Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach



**"Bauträger legen Projekte auf Eis, weil sich die politischen Rahmenbedingungen verschlechtern."**

## DIE BAUOFFENSIVE BLEIBT AUS.

400.000 neue Wohnungen sollten entstehen – jährlich, versprach Rot-Grün-Gelb. Es wurde ein Wohnungsbauministerium geschaffen. Olaf Scholz rief sich selbst zum Kanzler für bezahlbaren Wohnraum aus. Doch mehr als ein Jahr nach Ampel-Start: kein Licht am Horizont. Erst monatelanges Bauförderchaos aus dem Hause Habeck, jetzt eine herbe Enttäuschung aus dem Bundesbauministerium. Statt Bauwilligen den Weg zu erleichtern, werden bei der Eigenheimförderung die Auflagen drastisch verschärft. Für ganz viele bedeutet das: Aus der Traum vom Eigenheim. Hilfe gibt es nur für Haushalte mit einem Jahreseinkommen von höchstens 60.000 Euro – und nur, wenn sie nach dem teuersten Energiehausstandard bauen. Ein Programm abseits der Wirklichkeit. Welche Familie mit 60.000 Euro Jahreseinkommen kann sich in Zeiten drastisch steigender Bau- und Finanzierungskosten ein solches Haus leisten. Auch der Bau preisgünstiger Wohnungen stockt. Stattdessen: immer höhere Standards. So wird Wohnen nicht billiger. Eine von CDU und CSU verlangte Aktuelle Stunde zum Wohnungsbau brachte Anfang Februar nur Allgemeinplätze von der Bauministerin. Die dringend notwendige Bauoffensive bleibt aus. Schlimmer noch: Bauträger legen sogar Projekte auf Eis. Die Rahmenbedingungen stimmen nicht. In der ersten Märzwoche soll der Bundestag einen Gesetzentwurf zur Digitalisierung im Bauleitplanverfahren beraten. Entlastung bringt auch er nicht. Der Regeldschungel bleibt unangetastet. Es ist genug geredet. Neubau entsteht nur, wenn man die Ärmel hochkrepelt und anpackt. CDU und CSU bleiben weiter am Ball - für mehr Wohnraum für alle.

**Sebastian Brehm**  
MdB Nürnberg-Nord  
[Website](#)



**"Wenn Russland die Waffen niederlegt, ist Frieden möglich, wenn die Ukraine aufhört zu kämpfen, ist das Land verloren."**



**Tobias Winkler**  
MdB Fürth  
[Website](#)



## EIN JAHR KAMPF FÜR DIE FREIHEIT

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine vor einem Jahr ist Unvorstellbares Realität: Europäer verlassen als Kriegsflüchtlinge ihre Heimat, die ukrainische Armee verteidigt ihr Land tapfer und erfolgreich gegen eine scheinbare Übermacht, Finnland und Schweden streben in die NATO und wir investieren 100 Mrd. Euro in die Bundeswehr. Für die Menschen im Kriegsgebiet bedeutet die „Zeitenwende“ tausende Tote und Opfer grausamer Kriegsverbrechen, wie Vergewaltigung, Folter und Mord. Vor einem Jahr schrieb ich an dieser Stelle: „Durch die Ukraine verläuft jetzt die Frontlinie zwischen autoritärer Welt und freiheitlicher Demokratie.“ Unser liberales Gesellschaftsmodell ist bedroht durch autoritäre Staaten, die ihre Völker und ihre Rohstoffe ausbeuten, um einigen Wenigen zu großem Reichtum zu verhelfen. Die Ukrainer haben sich dazu entschlossen, den westlichen Weg einzuschlagen und der Korruption und Misswirtschaft im eigenen Land den Kampf anzusagen. Deshalb ist der Angriff auf die Ukraine auch ein Angriff auf unsere Freiheit. Deshalb darf Russland diesen Krieg nicht gewinnen. Deshalb unterstützen wir humanitär, finanziell und militärisch, mit dem Ziel, eines baldigen, dauerhaften Friedens. Allen, die glauben, durch Waffenlieferungen werde der Krieg und das Leid unnötig verlängert, sei gesagt: Wenn Russland die Waffen niederlegt, ist ein schneller Frieden möglich, wenn die Ukraine aufhört zu kämpfen, ist das Land verloren. Diplomatie hätte dann erstmal keine Chance mehr und die Sicherheit von Moldau, Georgien, der baltischen Staaten oder Polen wäre in Gefahr. Ein Jahr nach dem Überfall steht der Westen entschlossener denn je an der Seite der Ukraine – und das muss auch so bleiben!

*„Mit Kollegen unterstütze ich Projekte und Institutionen mit einer halben Million Euro aus der Reserve.“*

**Karl Freller**  
MdL Nürnberg-Süd

[Website](#)



## MEHR MITTEL AUS DER "FRAKTIONSRESERVE"

Die Landtagsfraktionen der CSU und Freien Wähler haben am 8. Februar bekanntgegeben, dass aus der sogenannten Fraktionsreserve von CSU und Freien Wählern im Haushalt 2022 wieder Fördermittel für wichtige Vorhaben bereitgestellt werden. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen beider Fraktionen habe ich einige wichtige Projekte und Institutionen unterstützt, die über die Fraktionsreserve nun mit insgesamt knapp einer halben Million EUR gefördert werden sollen. So soll die langjährige Arbeit der Janusz Korczak Akademie u.a. im Bereich Aufklärung, Bekämpfung des Antisemitismus und der Jugend- und Erwachsenenbildung mit Mitteln in Höhe von insgesamt 180.000 EUR unterstützt werden. Daneben habe ich neue Forschungsprojekte in der Gedenkstättenarbeit in Höhe von 70.000 EUR für die Fraktionsreserve angemeldet. Die Arbeit in der KZ-Gedenkstätte Dachau wird zudem von beiden Fraktionen zusätzlich mit 100.000 EUR unterstützt. Auch die Gegenwartskunst und -kultur soll gefördert werden. Der gemeinnützige Verein VPBy e.V. leistet zum Beispiel einen maßgeblichen Beitrag zur Popförderung in Bayern. Schließlich habe ich beantragt, die Lange Nacht der Wissenschaften Nürnberg mit Mitteln aus der Fraktionsreserve in Höhe von 40.000 EUR zu unterstützen. Es ist mir ein sehr wichtiges Anliegen, dass dieses besondere Kulturgut in Nürnberg erhalten bleibt! Sie ist eines der größten Events der Wissenschaftskommunikation in der Metropolregion Nürnberg und die größte Lange Nacht dieser Art in Deutschland!

*„Vor allem raus aus der Tabuzone!“*

**Barbara Regitz**  
MdL Nürnberg-Nord

[Website](#)



## FACHGESPRÄCH ZUM PROSTITUIERTENSCHUTZGESETZ

Mit der Bayerischen Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf, MdL, Oberbürgermeister Marcus König, Vertretern des Nürnberger Ordnungs- und Gesundheitsamts konnte ich mir einen Überblick zum Thema Prostitution und der Lage der Prostituierten verschaffen. Bei diesem sensiblen und heiklen Thema müssen wir mit viel Aufklärungsarbeit vor allem raus aus der Tabuzone! Wir erfuhren mehr über die Probleme beim Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes und den Schutz der Prostituierten. Durch das Gesetz wird nicht nur das Prostitutionsgewerbe reguliert, es dient auch zum Schutz der Prostituierten. Ordnungs- und Gesundheitsämter spielen dabei eine zentrale Rolle und ein enger Schulterschluss mit der Polizei. Die Mitarbeiter der Stadt Nürnberg lieferten Zahlen über die Prostituierten und deren Prostitutionsstätten. Sie berichteten von prekären Zuständen der oft sehr jungen Frauen, die in der Mehrzahl aus Osteuropa (75%) kommen. Häufig sprechen die Frauen kaum Deutsch, können nur rudimentär lesen, schreiben und wissen nicht einmal, in welcher Stadt sie sich gerade befinden. Normalerweise arbeiten die Frauen unter einem Aliasnamen und brauchen daher zwei Ausweise. Unsere Fragen beantworteten die Mitarbeiter der Stadt Nürnberg kompetent und ausführlich. Aus diesem Bild entsteht ein Spagat zwischen den Vorstellungen der Frauen nach komfortableren Bedingungen und dem, was das Gesetz für ihren Schutz vorsieht. Für mich ist die Arbeit der städtischen Beratungsstellen deswegen nicht nur wertvoll, sondern auch unentbehrlich.



## ORTSTERMIN ZUM U-AUSSCHUSS ZUKUNFTSMUSEUM

In den letzten Mandatsmeldungen habe ich davon berichtet, dass ich als einer von 5 gewählten CSU-Abgeordneten im Untersuchungsausschuss mitwirken darf. In unserer ersten Sitzung galt es, organisatorische Fragen zu klären und natürlich auch einen Namen für den Untersuchungsausschuss festzulegen. Zu den organisatorischen Fragen gehörte z.B. auch, wie mit den zu behandelnden Akten und Unterlagen umzugehen ist und ob diese gegebenenfalls als „vertraulich, geheim oder nicht-öffentlich“ eingestuft werden. Die Zeit drängt, denn wir haben nur noch bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode Zeit, die durch die Antragssteller erhobenen Vorwürfe abuarbeiten. Um sich einen Eindruck des Museums zu verschaffen, fand ein Ortstermin statt, damit nicht nur nach Aktenlage entschieden wird, sondern damit die Mitglieder des Ausschusses auch eine klare Vorstellung des Museums haben. Ich denke, dass alle - ebenso wie ich - begeistert von der Aufmachung und Ausstattung waren. Weiterhin haben wir bereits die ersten Anträge bearbeitet. Wir haben u.a. eine Beweiserhebung zur Marktüblichkeit des Mietvertrages beantragt. Zudem soll uns ein Experte für Vergaberecht ein entsprechendes Gutachten vorstellen. Wir hoffen, auf diesem Weg, die aufgeworfenen Fragen abschließend klären zu können.

*„Es bleibt spannend und ich freue mich auf die Arbeit in diesem Gremium.“*

Jochen Kohler  
MdL Nürnberg-West

[Website](#)



*"Unsere Schullandheime leisten äußerst wichtige Bildungsarbeit."*



Hans Herold  
MdL Fürth-Land

[Website](#)



## 400.000 EUR FÜR 2 SCHULLANDHEIME IN MITTELFRANKEN

Im Februar wurden im Rahmen der Fraktionsinitiativen der beiden bayerischen Regierungsfractionen zusätzlich 70 Millionen Euro für bayernweite und regionale Projekte bewilligt. Auf meine Initiative hin wurden für dringend notwendige Sanierungsarbeiten am Schullandheim Obersteinbach und dem Europäischen Schullandheim Bad Windsheim 400.000 Euro an Zuschüssen für das Bayerische Schullandheimwerk in den Staatshaushalt 2023 eingestellt. Insbesondere das Schullandheimwerk Mittelfranken sieht sich aufgrund der außergewöhnlichen Belastungen der letzten Jahre durch die Coronapandemie und die Auswirkungen des Ukraine-Krieges nicht mehr in der Lage, dringend notwendige Investitionen, wie Bau- und Sanierungsarbeiten, vorzunehmen. Zu dieser Problematik hatte ich mehrere Gespräche, unter anderem mit Maximilian Gaul, dem Vorsitzenden des Schullandheimwerks Mittelfranken, geführt. Nach einer von mir initiierten Gesprächsrunde mit Vertretern des Schullandheimwerks Mittelfranken, des Bayerischen Schullandheimwerks sowie dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Josef Zellmeier, und dem Vorsitzenden des sozialpolitischen Arbeitskreises, Thomas Huber, wurde beschlossen für die Förderung von besonders finanzschwachen Trägern einmalig zusätzliche Haushaltsmittel für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Der Haushaltsausschuss hat mit großer Mehrheit dem Antrag zugestimmt. Unsere Schullandheime leisten eine unverzichtbare Bildungsarbeit, daher freut es mich sehr, dass mit dieser enormen Fördersumme der Betrieb der beiden hiesigen Schullandheime fortgeführt werden kann.



**„Der Bundeskanzler muss die Migrationspolitik endlich zur Chefsache erklären!“**

## MIGRATIONSPOLITIK: CSU-FRAKTION FORDERT UMDENKEN

Die Kommunen sollen bei der Migration stärker entlastet werden - das forderte die CSU-Fraktion per Dringlichkeitsantrag im Plenum. Angesichts weiterhin steigender Migrationszahlen stoßen immer mehr Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge an ihre Grenzen. Deswegen muss der Bund endlich einen Flüchtlingsgipfel einberufen und sowohl auf Bundesebene, als auch in der EU Maßnahmen ergreifen, dass die Migration in Deutschland und Europa besser gesteuert werden kann. Als konkrete Maßnahmen schlagen wir vor: Keine deutschen Alleingänge in der Migrationspolitik, Fokus auf die Arbeitsmigration, Abbau bestehender und Vermeidung neuer Pull-Faktoren, sofortige Umsetzung der angekündigten Rückführungsoffensive, Unterstützung der EU- und Nachbarstaaten an den EU-Außengrenzen, Migrationsabkommen mit wichtigen Herkunftsländern sowie eine bessere Unterstützung der Kommunen. Es müssen jetzt die richtigen Weichen in der Migrationspolitik für die Zukunft gestellt werden, indem die Zuwanderung nach Deutschland klar gesteuert und an den Bedürfnissen Deutschlands ausgerichtet wird. Ob die geplanten Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts, die Einführung des „Chancen-Aufenthaltsrecht“ oder das „Bürgergeld“ - das alles ist kontraproduktiv für unsere bereits jetzt massiv belasteten Sozialsysteme. Die Hilfsbereitschaft ist groß, aber die Ampel lässt unsere Kommunen einmal mehr im Stich. Im Jahr 2022 sind in Deutschland und Bayern viel mehr Flüchtlinge eingereist, als in den Jahren zuvor, aber die Bundesregierung hat hier viel zu lange gezögert, zusammen mit den Ländern und Kommunen nach Lösungen zu suchen und diese zu unterstützen. Die Kapazitäten sind ausgeschöpft und deshalb braucht es jetzt schnell eine organisatorische sowie finanzielle Entlastung durch den Bund!

**Petra Guttenberger  
MdL Fürth**  
[Website](#)



**Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach**

CSU Nürnberg-Fürth-Schwabach  
Jakobstraße 46 - 90402 Nürnberg  
E-Mail: [nuernberg@csu-bayern.de](mailto:nuernberg@csu-bayern.de)  
Telefon: 0911/241544-0

Wenn Sie unsere politische Arbeit unterstützen möchten:  
Hypovereinsbank Nürnberg  
IBAN: DE90 7602 0070 0005 4150 20  
BIC: HYVEDEMM460